

Aarau, 24. Juni 2026

Medienmitteilung

Die FDP fordert eine eigentümergefreundliche Umsetzung der Wohneigentumsbesteuerung

Der Kanton Aargau soll seinen Spielraum beim Systemwechsels der Wohneigentumsbesteuerung zur Stärkung des Wohneigentums nutzen

Die vom Regierungsrat vorgeschlagene Änderung des Steuergesetzes zur Umsetzung des Systemwechsels bei der Wohneigentumsbesteuerung geht in die richtige Richtung. Die FDP begrüsst die Beibehaltung der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen. Korrekturbedarf liegt bei der Frist für den Erwerb einer Ersatzliegenschaft beim Ersterwerberabzug.

Investitionen in Energieeffizienz weiterhin fördern

Die Beibehaltung der Abzüge für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen setzt auf Eigenverantwortung und private Investitionen statt auf zusätzliche staatliche Eingriffe. Solche Anreize leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele und fördern die Modernisierung des Gebäudeparks.

Realistische Fristen für Ersatzliegenschaften

Die FDP lehnt die vorgeschlagene Frist von drei Jahren für den Erwerb einer Ersatzliegenschaft beim Ersterwerberabzug ab. Angesichts des knappen Angebots auf dem Immobilienmarkt und der oft komplexen Lebenssituationen bei einem Verkauf sind drei Jahre zu kurz bemessen. Wir erachten eine Frist von 5 Jahren als angemessen.

«Wer sein Eigenheim verkauft, findet nicht immer innert drei Jahren eine geeignete Ersatzliegenschaft. Die Regelung muss den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung tragen», sagt Adrian Schoop.

Spielräume nutzen statt einschränken

Der Systemwechsel bietet die Chance, das Wohneigentum im Kanton Aargau zu stärken. Wo das Bundesrecht Spielraum lässt, soll dieser zugunsten der Eigentümerinnen und Eigentümer genutzt werden.

Schlanker Vollzug im Interesse der Steuerpflichtigen

Ebenso wichtig ist ein einfacher und bürgernaher Vollzug. Die vorgesehenen Abzüge und Ausnahmen müssen unbürokratisch und im Sinne der Steuerpflichtigen umgesetzt werden.

«Der Systemwechsel darf nicht zu neuen bürokratischen Hürden für Wohneigentümer führen. Ziel muss eine effiziente Umsetzung sein, die den Aufwand möglichst gering hält», so Adrian Schoop.

→ [Anhörungsantworten FDP Aargau](#)

Weitere Auskünfte:

Dr. Adrian Schoop, Grossrat, Leiter Ressort Volkswirtschaft, Inneres und Justiz, Tel. 078 720 09 96
Sabina Freiermuth, Grossrätin, Parteipräsidentin, Tel. 079 333 51 78